

Inhaltsverzeichnis

1. Günter Verheugen
2. Seitenwechsler im Überblick
3. Seitenwechsel
4. Kategorie:Finanzlobby
5. Kategorie:EU
6. Lobbyismus in der EU
7. Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Günter Verheugen

Seitenwechsel



- Seitenwechselftabelle
- Was ist das Problem?

Finanzlobby



- Finanzlobby A-Z

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

Günter Verheugen (*28.04.1944 in Bad Kreuznach), SPD, von 1999 bis 2009 EU-Kommissar, zuletzt für Unternehmen und Industrie. Innerhalb weniger Monate nach dem Ausscheiden aus seinem Amt als Kommissar nahm er mehrere Beratertätigkeiten auf. Zudem gründete er 2010 gemeinsam mit seiner ehemaligen Kabinettschefin Petra Erler seine eigene Lobbyorganisation, die European Experience Company.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	3
2 Verbindungen und Netzwerke	3
3 Wirken	3
3.1 Als EU-Kommissar	3
3.2 Seitenwechsler nach dem Ausscheiden	3
4 Zitate	4

5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
6 Einzelnachweise	5

Karriere

- seit 04/2014 Honorarprofessor an der Universität Viadrina Frankfurt(Oder)
- 04/2010 Gründung der Lobbyorganisation **European Experience Company**
- 2004-2010 **EU-Kommissar für Unternehmen und Industrie, Vizepräsident der EU-Kommission**
- 1999-2004 EU-Kommissar für die Erweiterungsverhandlungen
- 1998-1999 Parlamentarischer Staatsminister des Auswärtigen Amts
- 1994-1997 stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD
- 1993-1995 SPD-Bundesgeschäftsführer
- 1987-1989 Chefredakteur der Parteizeitung "Vorwärts"
- 1983-1999 Mitglied des Deutschen Bundestags
- 1982 Wechsel zur SPD
- 1978-1982 Generalsekretär der FDP
- 1977-1978 Bundesgeschäftsführer der FDP

Verbindungen und Netzwerke

- Berater der **Royal Bank of Scotland**^[1]
- Kuratoriumsmitglied im **Deutsch-Aserbaidschanischen Forums**^[2]
- Berater des **Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken** (BVR)^[3]
- Berater der **Agentur zur Modernisierung der Ukraine** (AMU). Zuständig für "EU Integration".^[4]
- Beirat der PR-Agentur **Fleishman Hillard**^[5]
- Berater und des türkischen Rohstoffbörsenverbandes (TOBB)

Wirken

Als EU-Kommissar

Verheugen zog während seiner Zeit als Kommissar für Unternehmen und Industrie (2004-2009) mehrfach heftige Kritik auf sich, vor allem von Umweltverbänden. Sowohl bei der Chemikalienrichtlinie REACH als auch bei der Richtlinie zu CO₂-Emissionen für Neuwagen wurde ihm vorgeworfen, den Interessen der Industrie zu sehr nachgegeben zu haben.^[6] Die Beratungskommission "Cars 21" zur umstrittenen CO₂-Richtlinie für Neuwagen zum Beispiel hatte er - so der Vorwurf - hauptsächlich mit Vertretern der Autoindustrie besetzt und den Autolobbyisten damit ermöglicht, die Richtlinie als vermeintliche Experten zu ihren eigenen Gunsten entscheidend abzuschwächen.^[7]

Seitenwechsler nach dem Ausscheiden

Nach seinem Ausscheiden nahm Verheugen Beraterjobs bei der **Royal Bank of Scotland**, dem **Bundesverband der deutschen Raiffeisenbanken und Volksbanken** (BVR), der **Lobbyagentur Fleishman Hillard International Communications** und dem **türkischen Rohstoffbörsenverband** (TOBB) an. Dem

Verhaltenskodex der Europäischen Kommission zufolge hätte er, bevor er diese Stellen antrat, die Kommission darüber informieren müssen, dies unterließ er allerdings geflissentlich, allein dies schon ein Verstoß gegen den Verhaltenskodex für Kommissare. Dennoch gab ihm die Europäische Kommission im Juli 2010 grünes Licht für seine Engagements, mit der Begründung, Verheugen sei nicht in Lobbytätigkeiten involviert.

Obwohl ihn die Kommission im April 2010 aufgefordert hatte, ihr nun all seine geplanten Aktivitäten nach Ausscheiden aus dem Amt mitzuteilen, verschwieg er, dass er soeben im Begriff war, sein eigenes Lobbyunternehmen [European Experience Company](#) zu gründen. Ironischerweise schickte er Antwortfaxe auf Nachfragen bezüglich seiner anderen Tätigkeiten regelmäßig von der European Experience Company aus, was in der Kommission aber nicht weiter auffiel. Erst als die [Wirtschaftswoche](#) Ende August aufdeckte, dass Verheugen eine eigene Lobbyagentur betreibt, stellte die Kommission Nachfragen. Obwohl Günter Verheugen dies bisher bestreitet, ist es relativ eindeutig, dass die European Experience Company eine breite Palette an EU-Lobbying-Dienstleistungen anbietet - anders lässt sich die [Homepage](#) nicht deuten. Anders als der Ex-Kommissar mit seiner Aussage suggeriert, umfasst die Definition von Lobbying auch nach der [Europäischen Transparenz-Initiative ETI](#) viel mehr als das bloße Knüpfen von Kontakten - unter anderem auch die inhaltliche Vorbereitung von Lobbytätigkeiten, bspw. das Verfassen von Papieren. Auch Verheugens Argument, er habe die Tätigkeit nicht angeben müssen, weil er nicht für sie bezahlt wird, kann nicht verfangen, denn erstens spricht der Verhaltenskodex nicht nur von bezahlten Tätigkeiten, und zweitens profitiert er als Teilhaber von seinem Unternehmen. Er ist dem Onlineservice [Bürgel Wirtschaftsinformationen](#) zufolge gleichberechtigt mit seiner Geschäftspartnerin Petra Erler zu je 12.5000 Euro an dem Unternehmen beteiligt.

Am 2. Februar 2011 wurde bekannt, dass die EU-Kommission Verheugen die Tätigkeit für die European Experience Company erlaubt. Er darf sich allerdings für 26 Monate nicht an seine ehemalige Generaldirektion wenden und keine Aufträge von Nutznießern der Generaldirektion annehmen.^[8]

Zitate

„Angesichts der anstehenden wichtigen Beratungen der EU-Kommission zur Bankenregulierung, im Zahlungsverkehr und im Wertpapiergeschäft möchten wir noch deutlicher den genossenschaftlichen Finanzverbund und sein erfolgreiches Geschäftsmodell in Brüssel zu Gehör bringen“ - BVR-Präsident Uwe Fröhlich über Verheugens Tätigkeit beim BVR.^[9]

„Meine Tätigkeit wird sich auf die politische Beratung der Führungsgremien beschränken. Lobbyarbeit in jeglicher Form ist nicht vorgesehen“ - Verheugen zu seiner Tätigkeit beim BVR^[10]

„Seine Erfahrungen in der europäischen Politik und seine nationalen und internationalen Kontakte sind für die RBS sehr wertvoll“ - RBS-Deutschland-Chefin Ingrid Hengster.^[11]

„Im Übrigen steht das Leistungsangebot dieser Firma, die die Grundlage der Selbstständigkeit der Geschäftsführerin Petra Erler bildet, in vollkommener Übereinstimmung mit den Anforderungen des Verhaltenskodexes für ehemalige Mitarbeiter der Kommission. Jede Form von Lobbyismus gegenüber den Brüsseler Institutionen ist danach ausdrücklich ausgeschlossen“ - Verheugen über die European Experience Company.^[12]

„Wir bieten Ihnen Sachverstand und reiche Erfahrung auf dem Gebiet der Europapolitik und in außenpolitischen Fragen, kreative Lösungen sowie die richtige Strategie für Ihren Erfolg im Umgang mit europäischen Institutionen“ - die [Homepage](#) der European Experience Company

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Verheugen berät weitere Bank](#), manager-magazin.de vom 28.04.2010, abgerufen am 03.05.2016
2. ↑ [Kuratorium](#), da-forum.net, abgerufen am 03.05.2016
3. ↑ [Genossenschaftliche Bankengruppe verstärkt Europaengagement](#), Pressemitteilung vom 14.04.2010, abgerufen am 03.05.2016
4. ↑ [Webseite der AMU \(aktuell offline\)](#), Stand der Webseite vom 09.01.2016, archiviert auf archive.org, abgerufen am 03.05.2016
5. ↑ [About International Advisory Board](#), fleshmanhillard.com, abgerufen am 04.05.2016
6. ↑ [EU-Kommission beschließt CO2-Richtlinien](#) stern.de vom 12. Dezember 2008, abgerufen am 27. Oktober 2010
7. ↑ [Driving Climate Change - How the Car Industry is attempting to thwart CO2 emission legislation](#), 26. Mai 2008, abgerufen am 27. Oktober 2010
8. ↑ [Günter Verheugen bekommt „Kontaktverbot“](#), FAZ online vom 2.Februar 2011, abgerufen am 29.04.2014
9. ↑ [Günter Verheugen berät Raiffeisenbanken](#) faz.net vom 14.4.2010, abgerufen am 29.04.2014
10. ↑ [Günter Verheugen berät Raiffeisenbanken](#) faz.net vom 14.4.2010, abgerufen am 29.04.2014
11. ↑ [Verheugen berät weitere Bank](#), Manager-Magazin vom 28.April 2010, abgerufen am 29.04.2014
12. ↑ [Günter Verheugen im Interview mit EurActiv.de](#) Verheugen: "Der EU fehlt ein überzeugendes Projekt", euractiv.de vom 20.September 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010

Seitenwechsler im Überblick

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsler in Deutschland im Überblick](#)

Seitenwechsel

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsel und Karenzzeiten \(Überblick\)](#)

Kategorie:Finanzlobby

Die Finanzlobby hat vor der Krise massiv auf schwächere Regeln und weniger Beschränkungen für die Finanzmärkte hingearbeitet und prägte in der Krise maßgeblich die Rettungsmaßnahmen. Bis heute gibt es keine wesentliche Beschniedung ihres Einflusses auf die Politik. Wir beleuchten den Einfluss der Finanzlobby anhand ausgewählter Beispiele. Wir konzentrieren uns dabei auf Deutschland und die europäische Ebene. Daneben bemühen wir uns, ausgewählte Erkenntnisse aus den USA und der globalen Debatte um die Finanzmarktregelelung aufzugreifen.

Seiten in der Kategorie „Finanzlobby“

Folgende 60 Seiten sind in dieser Kategorie, von 60 insgesamt.

A

- [Allianz](#)
- [AmCham EU](#)
- [Andreas Krautscheid](#)
- [Axel Weber](#)

B

- [Benita Ferrero-Waldner](#)
- [BlackRock](#)
- [Bund der Steuerzahler](#)
- [Bundesverband Alternative Investments](#)
- [Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken](#)
- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Bundesverband Investment und Asset Management](#)
- [Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands](#)

C

- [Carsten Maschmeyer](#)
- [Center for Financial Studies](#)
- [Charlie McCreevy](#)
- [Entwurf:Commerzbank](#)

D

- [Deekeling Arndt Advisors](#)
- [Deutsche Bank](#)
- [Deutsche Vermögensberatung](#)
- [Deutscher Sparkassen- und Giroverband](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#)

E

- [Archiv:ERGO](#)
- [Eurofi](#)
- [European Banking Federation](#)
- [European Parliamentary Financial Services Forum](#)
- [Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur](#)

F

- [Archiv:Finanzlobby und der gekaperte Staat](#)
- [Freshfields Bruckhaus Deringer](#)
- [Friedrich Merz](#)

G

- [Georg Fahrenschon](#)
- [Gerhard Schröder](#)
- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Goldman Sachs](#)
- [Group of Thirty](#)
- [Günter Verheugen](#)

I

- [Institute of International Finance](#)
- [International Monetary Conference](#)

J

- [Josef Ackermann](#)
- [José Manuel Barroso](#)
- [Jörg Asmussen](#)
- [Jörg Kukies](#)

K

- [Klaus Regling](#)

L

- [Levin Holle](#)
- [Archiv:Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#)

M

- [Mario Draghi](#)
- [Michael Glos](#)
- [Mises Institute](#)
- [Moody's](#)

O

- [Otmar Issing](#)
- [Outsourcing von Gesetzen an Kanzleien und Wirtschaftsprüfer](#)

P

- [Parteispenden aus dem Finanzsektor](#)
- [PD – Berater der öffentlichen Hand](#)
- [Peer Steinbrück](#)
- [Peter Skinner](#)

S

- [Archiv:Sharon Bowles](#)
- [Archiv:Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung](#)

V

- [Volker Halsch](#)

W

- [Walter Riester](#)
- [Archiv:Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#)

Kategorie:EU

Nimmt man aufgrund der Daten im EU-Transparenzregister eine konservative Schätzung vor, kommt man zu einer Zahl von mehr als 30.000 LobbyistInnen, die in Brüssel arbeiten. Ein Großteil von ihnen ist im Auftrag von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden tätig. Sie genießen privilegierte Zugänge zu den KommissarInnen. Sie beeinflussen Richtlinien, bevor diese überhaupt entstanden sind. Sie überhäufen die Abgeordneten mit ihren Änderungsanträgen für Gesetzesvorlagen und sie bezahlen professionelle Lobbyagenturen dafür, im Zweifelsfall tief in ihre Trickkisten der Lobbystrategien zu greifen.

Seiten in der Kategorie „EU“

Folgende 124 Seiten sind in dieser Kategorie, von 124 insgesamt.

A

- [Archiv:ACTA](#)
- [Archiv:Adrian Severin](#)
- [AeroSpace and Defence Industries Association of Europe](#)
- [Amazon](#)
- [AmCham EU](#)
- [Andreas Schwab](#)
- [Angelika Niebler](#)
- [Anwaltskanzleien](#)
- [APCO Worldwide](#)
- [Apple](#)
- [Archiv:Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie \(ITRE\)](#)
- [Ausschuss für Regulierungskontrolle](#)

B

- [Benita Ferrero-Waldner](#)
- [Bruegel](#)
- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Burson-Marsteller](#)
- [Archiv:Business Coalition for Transatlantic Trade](#)
- [Businesseurope](#)

C

- [Canada Europe Roundtable for Business](#)
- [Cash-for-laws-Affäre](#)
- [CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement](#)
- [Charlie McCreevy](#)
- [Chronik der TiSA-Verhandlungen](#)
- [Archiv:Chronik der TTIP-Verhandlungen](#)
- [Climate Change, Biodiversity & Sustainable Development](#)
- [COPA-COGECA](#)
- [Archiv:Cross-Industry Initiative](#)

D

- [Deutscher Raiffeisenverband](#)
- [Deutscher Weinbauverband](#)
- [Deutscher Zigarettenverband](#)
- [Diana Banati](#)

- Die Affäre um John Dalli
- DIGITALEUROPE

E

- Edelman
- Elmar Brok
- Erika Mann
- Archiv:Ernst Strasser
- Archiv:Euro 50 Group
- EuroCommerce
- EuropaBio
- European Automobile Manufacturers Association
- European Banking Federation
- European Centre for International Political Economy
- European Chemical Industry Council
- European Council on Foreign Relations
- European Crop Protection Association
- European Energy Forum
- European Federation for Investment Law and Arbitration
- European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations
- European Food Information Council
- European Internet Forum
- European Logistics Platform
- European Organisation for Security
- European Parliamentary Financial Services Forum
- European Policy Centre
- European Round Table for Industry
- European Services Forum
- Europäische Agentur für Flugsicherheit
- Europäische Arzneimittelagentur
- Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung
- Europäische Bankenaufsichtsbehörde
- Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit
- Europäische Chemikalienagentur
- EUTOP
- Expertengruppen der EU-Kommission

F

- Fleishman-Hillard
- FoodDrinkEurope
- Forum Europe
- Friends of Europe

G

- German European Security Association
- Google
- Archiv:Gplus
- Günter Verheugen
- Günther Oettinger

H

- Archiv:High Level Working Group on Jobs and Growth
- Hill+Knowlton Strategies

I

- Intergroups

J

- JEFTA
- Jonathan Hill
- José Manuel Barroso

K

- Kangaroo Group
- Karenzzeit EU
- Klaus Regling
- Klaus-Heiner Lehne
- Knowledge4Innovation
- Kreativwirtschaft

L

- Lobbyismus in der EU
- LobbyPlanet Brüssel
- Lobbyregister EU
- Lobbyregulierung auf EU-Ebene

M

- Markus Ferber
- Marten Westrup
- Martin Bangemann
- Archiv:Meglena Kuneva

- [Archiv:Michel Petite](#)
- [Microsoft](#)
- [Miguel Arias Cañete](#)
- [Mogens Peter Carl](#)
- [Monika Hohlmeier](#)
- [MSLGROUP](#)

O

- [Archiv:Ogilvy & Mather](#)

P

- [Pascal Lamy](#)
- [Peter Skinner](#)
- [Philip Morris](#)
- [Archiv:Pia-Noora Kauppi](#)
- [Archiv:Politische Debatte über Seitenwechsel auf europäischer Ebene](#)

R

- [Regulatorische Kooperation](#)
- [Archiv:Rumiana Jeleva](#)

S

- [Security & Defence Agenda](#)
- [Seitenwechsler auf EU-Ebene](#)
- [Archiv:Sharon Bowles](#)
- [Sky and Space](#)
- [Stiftung Wissenschaft und Politik](#)
- [Archiv:Suzy Renckens](#)

T

- [TISA - Trade in Services Agreement](#)
- [Transatlantic Business Dialogue](#)
- [Archiv:Transatlantic Economic Council](#)
- [Archiv:Transatlantic Trade and Investment Partnership](#)
- [Archiv:TTIP Advisory Group](#)

V

- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [Verhaltenskodex für EU-Abgeordnete](#)
- [Viviane Reding](#)

W

- Werner Langen
- Wirtschaftsbeirat Bayern

Lobbyismus in der EU

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

In der **Europäischen Union** haben zahlreiche Gesetze mit zentraler Bedeutung für Gesellschaft und Umwelt ihren Ursprung – wie die Sicherheit von Nahrungsmitteln, die Bekämpfung des Klimawandels oder die Regulierung der Finanzmärkte.

Betroffen sind von diesen Gesetzen auch zahlreiche Großindustrien. Großunternehmen haben daraus längst Schlüsse für ihre Lobbyarbeit gezogen und sind mit ihren Lobbyniederlassungen und Wirtschaftsverbänden in Brüssel präsent. Organisationen der Zivilgesellschaft haben ihre Präsenz in den vergangenen Jahren zwar ebenfalls steigern können – verglichen mit den Ressourcen europäischer und internationaler Großunternehmen bleiben ihre Einflussmöglichkeiten aber eher gering.

Nimmt man aufgrund der Daten im [EU-Transparenzregister](#) eine konservative Schätzung vor, kommt man zu einer Zahl von mehr als 30.000 LobbyistInnen, die in Brüssel arbeiten. Ein Großteil von ihnen ist im Auftrag von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden tätig.

Das gemeinsame [Transparenzregister von EU-Kommission und EU-Parlament](#) zählte im Juli 2018 11814 Lobbyorganisationen.^[1]

Brüssel gilt heute nicht nur als die Hauptstadt der Europäischen Union. Sondern nach Washington auch als zweitgrößte Anlaufstelle für Lobbyisten. Eine enorme Fülle an politischem Einfluss der Unternehmen ist zu beobachten. Die extrem hohe Präsenz und die großen Ressourcen, die für die Lobbyarbeit eingesetzt werden, sind dafür ein Grund. Daneben gibt es allerdings zahlreiche weitere.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. [Dankeschön!](#)



Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

- 1 Einflussnahme auf die Europäische Kommission 14

2 Privilegierter Zugang zur EU-Kommission	14
3 Zugang über Expertengruppen	15
4 Einflussnahme auf das Europäische Parlament	15
5 Einflussnahmen über Expertise	15
6 Einflussnahme über Intergroups	15
7 Einzelne Abgeordnete und Nebentätigkeiten	16
8 Fragwürdige Methoden der Einflussnahme	16
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	16
10 Einelnachweise	16

Einflussnahme auf die Europäische Kommission

Die **EU-Kommission** ist die einzige Institution in der EU mit Gesetzgebungskompetenz. Bei ihr nehmen also Richtlinien und Verordnungen normalerweise ihren Ausgang. Daher ist sie der erste Anlaufpunkt für Lobbyakteure.

Privilegierter Zugang zur EU-Kommission

Transparenz-Initiativen beobachten vor allem die privilegierten Zugänge kritisch, die Vertreter und Lobbyisten der Großunternehmen und der Wirtschaftsverbände zur Kommission genießen. Spätestens seit der Gründung des Europäischen Binnenmarkts spielt der Gedanke der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Raums eine zentrale Rolle in der Politik der europäischen Institutionen.

Über Jahre hinweg und durch zahlreiche Lobbykampagnen ist es einflussreichen Lobbygruppen wie dem [European Roundtable of Industrialists](#) (ERT), aber auch dem Arbeitgeber-Dachverband [BusinessEurope](#) und globalen Konzernen gelungen, diesen Wettbewerbsgedanken prioritär in Strategien (Lissabon-Strategie, Europa 2020) und Vertragsanhängen^[2] zu verankern. Die Europäische Kommission pflegt schon dadurch einen sehr engen Austausch mit den großen Wirtschaftsverbänden und den Eliten der europäischen Konzerne. Es ist völlig normal, dass die großen Verbände zu politischen Vorhaben in ihrem Bereich als erste informiert werden, und die Kommissare gehen regelmäßig zu Veranstaltungen und Vorträgen der Unternehmen und Verbände, um zu sprechen und zuzuhören.^[3]

Wer nicht von Haus aus mit mindestens einem Kommissar oder seinem Generaldirektor einen engen Austausch pflegt, kann sich über das Anheuern einer Lobbyagentur oder die Anstellung eines [Seitenwechslers](#) Zugang verschaffen.

Zugang über Expertengruppen

Einen weiteren privilegierten Zugang haben Unternehmen und Wirtschaftsverbände über die [Expertengruppen der EU-Kommission](#). Die Kommission, als bürokratisches Monster verschrien, hat selber bei weitem nicht ausreichend Experten für all ihre speziellen Gesetzesanliegen. Mit etwa 30.000 Mitarbeitern hat sie weit weniger Personal als beispielsweise die Stadt Hamburg. Zur Lösung dieses Problems setzt sie so genannte Expertengruppen ein, um Expertise für ein bestimmtes Vorhaben zu erhalten. Es gibt etwa 1.000 davon bei der Europäischen Kommission. Sie haben großen Einfluss auf die Formulierung von Vorschriften und Richtlinien. Daher ist es so relevant, wie sie besetzt sind. Hier können Lobbyakteure zum frühesten Zeitpunkt Pflöcke einschlagen, die so leicht nicht wieder umzuwerfen sind. Die Unternehmen und Wirtschaftsverbände, gut ausgestattet mit Personal, geben ihre Expertise gerne. Denn sie wissen, dass man neue Gesetze am effektivsten beeinflusst, bevor sie entstehen.

- Sieh auch → [Dominanz der Finanzbranche in den Expertengruppen der EU](#)

Einflussnahme auf das Europäische Parlament

Das [Europäische Parlament](#) hat seit dem Vertrag von Lissabon sehr viel an Macht hinzugewonnen, in den allermeisten Bereichen entscheidet es jetzt mit. Es kann Vorschläge der EU-Kommission genehmigen, ändern und in manchen Fällen sogar blockieren. Dadurch ist es zu einem wichtigen Adressaten für LobbyistInnen geworden.

Einflussnahmen über Expertise

Lobbyagenturen, Rechtsanwaltskanzleien usw. helfen den Abgeordneten gerne, die Komplexitäten von Richtlinien und die Bedürfnisse ihrer Auftraggeber zu verstehen. Dabei ist die Darstellung natürlich geprägt von den eigenen Interessen. Viele Lobbyakteure sehen es als Service, Änderungsvorschläge direkt in Form eines Änderungsantrags einzureichen – ein Service, den Nichtregierungsorganisationen in dieser Masse nicht bieten können. Bei stark umstrittenen Richtlinien kann es durchaus 1.000 bis 1.500 Änderungsanträge geben.^[4]

Einflussnahme über Intergroups

Zahlreiche Abgeordnete im Europäischen Parlament lassen sich allerdings ganz bewusst für die Interessen der Industrie einspannen.^[5] Ein typisches Format der Zusammenarbeit sind so genannte [Intergroups](#), interfraktionelle Arbeitsgruppen, von denen es etwa 60-80 im Europäischen Parlament geben dürfte. Viele von ihnen sind eigentlich Lobbyplattformen.^[6] Abgeordnete verschiedener Fraktionen treffen sich hier mit Vertretern von Unternehmen zu Arbeitsfrühstücken, Businesslunches, Cocktailabenden. Häufig gibt es fachliche Vorträge. Derartige Aktivitäten, aber auch die normalen Veranstaltungen werden durch die Unternehmen, die Mitglieder sind, finanziert.

Einzelne Abgeordnete und Nebentätigkeiten

Nicht wenige Abgeordnete im **Europäischen Parlament** gehen neben ihrem Mandat einer weiteren Tätigkeit nach. Unter den deutschen Abgeordneten sind dies ca. 25%. (Quelle?) Nicht bei allen entsteht dadurch sofort ein Interessenkonflikt. Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, dass Abgeordnete bestimmte Interessen besonders vertreten. Es ist auch grundsätzlich nicht problematisch, seine Landwirtschaft oder die Arztpraxis, die Tätigkeit, in der man zuvor gearbeitet hat, weiterzuführen, sofern sich dies mit der Tätigkeit als Abgeordnete/-r zeitlich vereinbaren lässt. Fragen werfen alle Tätigkeiten auf, durch die Geld oder andere Leistungen eines Akteurs mit einem klaren Interesse an EU-Politik (Unternehmen, Verbände etc.) an den oder die Abgeordnete fließen.

Fragwürdige Methoden der Einflussnahme

Zusätzlich zu den ungleichen Machtverhältnissen und den privilegierten Zugängen sind es vor allem die großen Unternehmen und Wirtschaftsverbände, die sich das Beauftragen professioneller Lobbyagenturen leisten können: Diese stellen nicht nur ihre gut gefüllten Adressbücher zur Verfügung – darunter zahlreiche ehemalige Kommissar/-innen und hohe Kommissionsbeamte sowie ehemalige Abgeordnete und deren Personal. Sie verfügen auch über die besten „Spin Doctors“ und gut gefüllte Trickkisten mit Lobbystrategien, die oft jenseits der Grenzen ethisch korrekter Lobbyarbeit liegen.

PR-Agenturen wie unter anderem **Burson-Marsteller** oder **Fleishman-Hillard** helfen gerne, wenn es zum Beispiel darum geht, handfeste Industrieinteressen in das Mäntelchen von Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft oder wenigstens eines Teils von ihr zu kleiden. Da werden zum Beispiel so genannte „Front Groups“ gegründet – unter anderem in Form wissenschaftlich klingender Initiativen wie das **Bromine Science and Environment Forum**. In Wahrheit wird hier die Lobbyarbeit gegen das Verbot bromierter Flammschutzmittel von Burson Marsteller koordiniert und von den vier weltgrößten Herstellern von bromierten Flammschutzmitteln bezahlt. Die Öffentlichkeit sieht zunächst nicht, wessen Interessen dahinterstecken. Auch das Vortäuschen von Bürgerinitiativen ist eine immer wieder angewandte Strategie. [7][8]

Auch die Arbeit zahlreicher **Denkfabriken** ist zu hinterfragen. So erhielt die Brüsseler Denkfabrik **Center for the New Europe** 2003 und 2004 insgesamt 120.000\$ für seine „Aufklärungsbemühungen“ zur Erderwärmung durch den Ölgiganten **Exxon Mobil**. [9]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

- ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 16.07.2018.

2. ↑ EU-Vertrag von Amsterdam, Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“, Abs. 9. Demnach muss die EU-Kommission, bevor sie neue Rechtsvorschriften erlässt, „umfassende Anhörungen durchführen“ und zudem dafür Sorge tragen, dass „die finanzielle Belastung und der Verwaltungsaufwand (...) der Wirtschaft und der Bürger so gering wie möglich gehalten werden und in einem angemessenen Verhältnis zu dem angestrebten Ziel stehen“.
3. ↑ ALTER-EU: Bursting the Brussels Bubble - The Battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU, Brussels, 2010
4. ↑ zum Beispiel bei der Richtlinie REACH, vgl.: Adamek, Sascha; Otto: Kim: Der gekaufte Staat: S.
5. ↑ Spinwatch: Too Close for comfort, Spinwatch, UK, Juli 2008, abgerufen am 12.12.2012
6. ↑ Lobbying under the radar, www.corporateeurope.org vom 24.5.2011, abgerufen am 12.12.12
7. ↑ Astroturf: Eine neue Lobbystrategie in Deutschland, Anna Irmisch, Seite 23, 2011 Verlag für Sozialwissenschaften
8. ↑ Campaign for Creativity erhält Worst-EU-Lobby-Award, www.lobbycontrol.de vom 16.12.05, abgerufen am 10.12.12
9. ↑ Centre for the New Europe, www.soucewatch.org abgerufen am 10.12.12

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Der **Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)** ist der Spitzenverband der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft in Deutschland. Mitglieder sind alle Genossenschaftsbanken - Volksbanken Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD-Banken, Kirchenbanken und Sonderinstitute -, genossenschaftliche Zentralbanken, die Unternehmen der FinanzGruppe sowie die genossenschaftlichen Prüfungsverbände. Mit 737 Instituten und 7.512 Bankstellen bilden die deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken eines der dichtesten Bankservicenetze Europas.^[1] Von ihnen über 30 Millionen Kunden sind 17,95 Millionen zugleich Mitglieder.

Zweck des Verbandes sind die Förderung, Betreuung und Vertretung der fachlichen und der besonderen wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder und der diesen angeschlossenen Einrichtungen innerhalb des Bereiches der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft (§ 3 der Satzung). Die Mitgliedschaft im Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV), dem Dachverband der deutschen Genossenschaftsorganisationen, ist in § 5 der Satzung festgelegt.

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)

Rechtsform eingetragener Verein

m

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft

Gründung 1972

sdatum

Hauptsitz Schellingstraße 4, 10785 Berlin

Lobbybüro

o

Lobbybüro EU Rue de l'Industrie 26– 38, 1010 Brüssel

Webadresse www.bvr.de

Inhaltsverzeichnis

1 Genossenschaften	18
2 Aufgaben	18
3 Unternehmen der Genossenschaftlichen Finanzgruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken	18

4 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	19
4.1 Interessenvertretung in Deutschland	19
4.2 Europäische Interessenvertretung	19
4.3 Interessenvertretung durch Mitgliedsorganisationen	20
5 Mitgliedschaften (Auswahl)	20
6 Organe des BVR	21
6.1 Vorstand	21
6.2 Verbandsrat	21
6.3 Verwaltungsrat	21
6.4 Mitgliederversammlung	21
7 Fallbeispiele und Kritik	21
7.1 Lobbyisten in Ministerien	21
8 Weiterführende Informationen	22
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	22
10 Einelnachweise	22

Genossenschaften

Nach § 1 des [Genossenschaftsgesetzes](#) ist der Zweck einer Genossenschaft darauf gerichtet, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern. Im Vordergrund steht der genossenschaftliche Förderzweck und nicht die Zahlung einer Rendite.^[2] Die von den genossenschaftlichen Spitzenverbänden vertretenen Genossenschaften betätigen sich in den Bereichen Banken (Genossenschaftliche FinanzGruppe, Volksbanken und Raiffeisenbanken), Agrar, Handel/Handwerk/Dienstleistungen sowie Konsum und sonstige Dienstleistungen. Die Fallpraxis des Bundeskartellamtes hat gezeigt, dass der Genossenschaft mit ihren Mitgliedern – trotz des genossenschaftlichen Identitätsprinzips – durchaus ein Handeln zu Lasten (eines Teils) der Mitglieder möglich ist.^[3]

Aufgaben

Zu den Aufgaben des BVR gehören:

- Interessenvertretung der Genossenschaftlichen FinanzGruppe
- Beratung und Unterstützung der Mitglieder in rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen
- Beim BVR sind die Sicherungseinrichtung der genossenschaftlichen Finanzgruppe sowie die BVR Institutssicherung GmbH angesiedelt

Quelle: ^[4]

Unternehmen der Genossenschaftlichen Finanzgruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken

Zu den Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken gehören:

- Schwäbisch Hall
- R+V Versicherung

- Union Investment
- easyCredit
- DZ Bank
- DZ Privatbank
- VR Smart Finanz
- Münchener Hypothekenbank
- DZ HYP
- Reisebank

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Interessenvertretung in Deutschland

Im deutschen Lobbyregister gibt der BVR an, (Stand: 28.04.2023) im Jahr 2021 2.750.001 bis 2.760.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[5] Der BVR ist Mitglied des [Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands](#) (DGRV) und der [Deutschen Kreditwirtschaft](#), der Interessenvertretung der kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände. Zu dieser haben sich der BVR, der [Bundesverband Deutscher Banken](#) (BDB), der [Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands](#) (VÖB), der [Deutsche Sparkassen- und Giroverband](#) (DSGV) sowie der Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) zusammengeschlossen.

Die jährlich stattfindenden Bankwirtschaftlichen Tagungen des BVR dienen dem Dialog von Bankvorständen aus der genossenschaftlichen FinanzGruppe mit Politik und Regulatoren. 2022 gehörten zu den Rednern Bundesfinanzminister Lindner und Sabine Mauderer, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank.^[6]

Cheflobbyist (Bereichsleiter Politik und FinanzGruppe) ist Jan Tibor Böttcher.

Der BVR ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand, die Parlamentarische Abende veranstaltet.^[7]

Europäische Interessenvertretung

Der BVR unterhält eine politische Verbindungsstelle in Brüssel, die die Aktivitäten in Berlin und Brüssel koordiniert. Er formuliert Erwartungen an die Bundesregierung sowie die EU-Institutionen, vertritt die eigenen Standpunkte in Gremien und knüpft Allianzen mit Partnern auf europäischer und deutscher Ebene.^[8] Dabei kooperiert der BVR als Mitglied mit der [Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken](#) (EACB) und dem European Banking Industry Committee (EBIC).

Auch im europäischen Transparenzregister ist der BVR eingetragen. Dort hat er für das Jahr 2022 1.500.000 bis 1.749.999 Euro Lobbyausgaben und 47 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 11,4) angegeben. Als eingeschaltete Lobbyagentur wird [Fleishman-Hillard](#) (Kosten: 100.000 Tsd. bis 199.999 Euro) genannt.^[9]

EU-Beauftragter ist Volker Heegemann, Leiter der Abteilung „Prudential, Banking Union & Legal Matters“ der Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken (EACB).^[10] Für den Zugang zu Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments akkreditiert sind Nadine Fetzer und Freya-Yvonne Gross.

Interessenvertretung durch Mitgliedsorganisationen

Ein großer Teil der Mitglieder betreibt - in Koordination mit dem BVR - eigene Lobbyaktivitäten. Über die Mitwirkung einer Vielzahl von spezialisierten und regional verankerten Unternehmen und Verbänden kann der BVR seine politischen Einflussmöglichkeiten weiter verstärken. Beispiele sind:

Verband der Sparda-Banken

Der Verband der Sparda-Banken e.V. ist ein überregional tätiger Genossenschaftsverband in der Rechtsform des eingetragenen Vereins, dem das Prüfungsrecht gesetzlich verliehen ist.^[11] Der mit der FDP und der CDU /CSU vernetzte [Verband](#) bündelt - in Zusammenarbeit und enger Abstimmung mit dem BVR sowie dem DGRV - die speziellen Interessen der Sparda-Banken gegenüber Bundestag und Bundesrat, der Bundesregierung sowie den europäischen Institutionen.^[12] Er ist Mitglied des BVR, des DGRV, des [Wirtschaftsrat der CDU](#), des [International Bankers Forum](#) und von [FrankfurtMainFinance](#). Vorstandsvorsitzender des Sparda-Verbands ist Florian Rentsch, Mitglied der Bundesvorstands des [Wirtschaftsrat der CDU](#), 2014 bis 2017 Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, 2012 bis 2014 Hessischer Minister für Wirtschaft, als solcher verantwortlich u.a. für den Finanzplatz Frankfurt sowie die Börsenaufsicht.^[13] Jascha Hausmann, Bereichsleiter Vorstand & Öffentlichkeitsarbeit, Vorsitzender der FDP Stadtverband Bensheim, war von 2014-2017 Justiziar und persönlicher Referent des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag.^{[14][15]} [Markus Ferber](#), Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVP), und [Frank Schäffler](#), MdB (FDP) sind Mitglied des Zukunftsrats des Verbands der Sparda-Banken.

Joachim Würmeling, ehem. CSU-Politiker, seit 2016 Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, war zuvor Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Sparda-Banken.^[16]

R+V-Versicherung

Im deutschen Lobbyregister gibt die R+V-Versicherung an, (Stand: 22.02.2023), im Jahr 2022 1.490.001 bis 1.500.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 11 bis 20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[17] Sie ist u.a. Mitglied im [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GVR), [Wirtschaftsrat der CDU](#), [Wirtschaftsforum der SPD](#) und im Grünen Wirtschaftsdialog. [Florian Gerster](#) Gerster (SPD), Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Ex-Präsident der Bundesagentur für Arbeit, ist Berater der R+V-Versicherung für betriebliche Altersvorsorge.^[18]

Mitgliedschaften (Auswahl)

- Deutscher Raiffeisenverband (DRV)
- Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV)
- Arbeitsgemeinschaft [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#)
- Europäische Vereinigung der Genossenschaftsbanken (EACB)
- Internationale Vereinigung der Genossenschaftsbanken (CIB)
- Internationale Raiffeisen Union (IRU)
- [EUROFI](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- Zentralverband des Deutschen Handwerks
- Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung
- Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft

- [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#)
- [Institut für Wirtschaftsforschung ifo](#)
- [Arbeitsgemeinschaft Mittelstand](#)
- [Kangaroo Group](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)

Quellen: EU-Transparenzregister und deutsches Lobbyregister (Stand: 03/2023)

Organe des BVR

Vorstand

Die [Mitglieder des Vorstands](#) werden durch den Verwaltungsrat gewählt. Zu ihnen gehört Daniel Quinten, Vizepräsident der [Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken](#) (EACB), 2011-2013 Leiter der Abteilung Bankenaufsichtsrecht und internationale Bankenaufsicht bei der Deutschen Bundesbank

Verbandsrat

Die bis zu 49 [Mitglieder](#) werden von der Mitgliederversammlung gewählt

Verwaltungsrat

Der Verbandsrat bildet aus seiner Mitte einen Verwaltungsrat, dem 12 [Mitglieder](#) angehören (8 Vorstandsmitglieder von Kreditgenossenschaften, 3 Vorstandsmitglieder von Prüfungsverbänden und das Vorstandsmitglied der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank)

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist zuständig für alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit sie nicht durch Gesetz oder Satzung anderen Organen übertragen sind. Am 01.01.2022 hatte der Verband 818 Mitglieder

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Ein Vertreter der [DZ-Bank](#) saß stellvertretend für den BVR im Finanzministerium.

[Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#)

Zeitraum	01.06.2007 - 15.03.2009 ^[19]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn der DZ Bank. Vermutlich war er, wie zuvor Vertreter vom Bundesverband Deutscher Banken und Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands , für den Zentralen Kreditausschuss (Seit 2011: Deutsche Kreditwirtschaft) dort.
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat VII B 1

Weiterführende Informationen

- Volksbanken: Back to Bodenständigkeit - Finanzwende, 30.04.2025

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Unser Genossenschaftsmodell](#), bvr.de, abgerufen am 18.05.2023
2. ↑ [Leitlinien für die Vereinbarkeit des Genossenschaftswesens mit dem Kartellrecht](#), November 2021, bundeskartellamt.de, abgerufen am 16.03.2024
3. ↑ [Leitlinien für die Vereinbarkeit des Genossenschaftswesens mit dem Kartellrecht](#), November 2021, bundeskartellamt.de, abgerufen am 16.03.2024
4. ↑ [Unsere Aufgaben im Überblick](#), bvr.de, abgerufen am 18.05.2023
5. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 19.05.2023
6. ↑ [Pressemitteilung vom 22.06.022](#), abgerufen am 20.05.2023
7. ↑ [Parlamentarischer Abend Mittelstand](#), raiffeisen.de vom 21.03.2024, abgerufen am 29.03.2024
8. ↑ [Unsere europäische Interessenvertretung](#), bvr.de, abgerufen am 18.05.2023
9. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 19.05.2023
10. ↑ [Secretariat General](#), eacb.coop, abgerufen am 22.05.2023
11. ↑ [Transparenzbericht 2022](#), sparda-verband.de, abgerufen am 11.06.2023
12. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 21.05.2023
13. ↑ [Vorstand](#), sparda-verband.de, abgerufen am 23.05.2023
14. ↑ [Profil](#), linkedin.com, abgerufen am 24.05.2023
15. ↑ [Profil](#), fdp-bensheim.de, abgerufen am 24.05.2023
16. ↑ [Präsidium](#), europa-union.de, abgerufen am 04.11.2023
17. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 28.05.2023
18. ↑ [Dr. Florian Gerster](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 28.05.2023
19. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011